

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Wägern, Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Wöchentlich 6 mal / Bezugspreis: Monatl. 1.56 RM, die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge des Krieges od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5788 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 378

Altensteig, Freitag den 27. November 1931

54. Jahrgang

Rundschau

Der erste Advent kündigt uns die beginnende Weihnachtszeit und das schönste aller deutschen Familienfeste. Aber die „fröhliche, selige, gnadenbringende Weihnachtszeit“ ist in diesem Jahre mit besonders schweren Sorgen belastet, die auf jedem einzelnen Volksgenossen liegen. Es gibt wohl keine Familie im deutschen Land, die nicht von den Nöten der Gegenwart irgendwie betroffen wird. Für alle unerschleht jedenfalls die Zukunft mit ihrem andurchdringlichen Schleier ein ungewisses Schicksal. Im Blick auf Politik und Wirtschaft, auf Finanzen und internationale Beziehungen war es jedenfalls noch nie so schwer, nur für Wochen und Monate hinaus Gewisses voranzusagen. Die erschütternde Zahl von 4,84 Millionen Arbeitslosen in Deutschland, die völlig ungeklärte Lage Deutschlands in der Weltwirtschaft, die zermürbenden innerpolitischen Kämpfe und Gegenkräfte — sie legen sich als drückende seelische Last auf alle die, die heute noch in gesicherten Arbeitsverhältnissen stehen und die aufrichtig mittragen an der Not der Brüder aus dem eigenen Volk. Da vermag nun die Adventsbesinnung und die Weihnachtszeit den Niedergedrückten etwas zu geben, was uns von keiner Seite genommen werden kann: Den Glauben an die Hoffnung auf Rettung. Freilich richtet sich auch die Adventsbesinnung zunächst bemüht an den inneren Menschen und seine religiöse Einstellung. Aber alle äußeren Erfolge und Sicherheiten des irdischen Daseins sind bestimmt und bedingt durch die seelischen Kräfte. So erwacht aus der frohen Botschaft des Advents und der Weihnachtszeit die Kraft und Zuversicht zur Überwindung der tausendfältigen Schwierigkeiten, die uns die Gegenwart so trübe und hoffnungslos erscheinen lassen. So wird der vernichtende Pessimismus, der im deutschen Volke umgeht, zu jener stillen und freudig tragenden Kraft umgewandelt, die notwendig ist, um durch Schwere hindurchzukommen und bessere Verhältnisse heranzuführen. Aus der großen Bereitwilligkeit des deutschen Volkes, an der Not des Nächsten mitzutragen, an seiner Hilfeleistung und Unterstützung bei der Durchführung der Winter-Hilfsarbeiten, sind solche Kräfte vorhanden. Und darum darf es gerade zum Advent wohl Lösung werden: Die Herzen empot!

Das Reichskabinett berät in diesen Tagen die neue Notverordnung, die seit Wochen unter dem Namen eines „Winterprogrammes“ angekündigt ist. Es wird durch dieses neue Gesetzeswerk zweifellos keine Freude ausgelöst werden, denn es muß einschneidende Bestimmungen und neue Steuern enthalten, wenn der Gesamtheit unseres Volkes das Durchhalten ermöglicht werden soll. Der Aufstoß dazu im Wirtschaftsbeirat des Reichskabinetts war nicht erhebend und die Leiffähigkeit, die als Ergebnis zustande kamen, brachten nicht viel Neues. Der große Reichspräsident hat zum Schluß die Arbeiten dieses Beirats am deutlichsten gekennzeichnet, wenn er sagt: „Der Wirtschaftsbeirat stimmt mit der Reichsregierung in deren Auffassung über Zweck und Ziel der jetzt erforderlichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen überein, wenn auch in der Auffassung über die Einzelmaßnahmen die Meinungen auseinandergehen. In offener Aussprache ist über Grad und Maß dieser Unterschiede in den Auffassungen Klarheit geschaffen worden.“ Nun hat die Regierung das Wort und man erwartet ihre Entscheidung in der ersten Dezemberwoche. Drei Probleme sind es, die die Öffentlichkeit betreffen: Die Lohn- und Preisregelung, die Regelung der Mietzinsen und der Ausgleich der öffentlichen Haushalte. Die Devise Lohnsenkung hat alsbald den Protest der Gewerkschaften hervorgerufen, die es als ein falsches Rezept bezeichnen, neue Lohn- und Preisregelungen vorzunehmen und sie begründen dies aus dem Verzicht der Politik. Der Kampf darüber wird die Weihnachtswochen verdußern.

In der Tat ist die Wirtschaft unser Schicksal. Es muß nicht nur der Binnenmarkt und die Kaufkraft im Innern gestärkt werden, sondern es wird angeht die Forderung der Schuldung Deutschlands an das Ausland notwendig, auch diese Fragen im Zusammenhang mit der Entwicklung der Weltwirtschaft zu betrachten. Wir müssen ausführen, um Devisen zu schaffen. Deshalb müssen wir billiger produzieren. Das diese Billigung allein durch Preis- und Lohnsenkung erreicht werden kann, ergibt sich aus der Lage, in die wir im Laufe des letzten Jahrzehnts hineingelappt sind. Gewiß würde eine steuerliche Entlastung der Produktion auch dazu beitragen, daß wir auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig würden, aber ein verschuldetes Staatswesen kann ernstlich an Steuerermäßigungen nicht denken, wenn private und politische Schulden ein Ausmaß angenommen haben, das jede derartige Operation ausschließt. Der Zwang zur

Laval vor der franz. Kammer

Frankreichs geheiligtes Recht auf Reparationen

Paris, 26. Nov. Nach Erledigung einer ganzen Reihe von Gegenständen ging die Kammer zu Beginn dazu über, die Beratung der außenpolitischen Interpellation fortzusetzen. Als letzter Interpellant sprach der kommunistische Abgeordnete Doriot. Er sprach vor allem über den sino-japanischen Konflikt, kritisierte das Verhalten des Völkerbundes und wandte sich vor allem gegen Japan.

Nach seiner Rede füllte sich der Sitzungssaal und in dem Augenblick als Ministerpräsident Laval die Tribüne bestieg, ist das Haus voll besetzt. Die Ausführungen des Ministerpräsidenten dauerten etwa eine Stunde. Er begann damit, chronologisch die Ereignisse zu skizzieren, die sich seit dem Vorschlag Hoover, ein Reparations- und Schuldenerleichterung einzulegen, zugezogen haben. Die ostimistischen Voraussetzungen, die man an das Hoover-Feiertagsverhältnis hatte, hätten sich nicht erfüllt. Im Gegenteil. Am 12. Juli habe eine große deutsche Kant. für Laval fort. ihre Schalter geschlossen und damit habe eine Periode der Beunruhigung eingeleitet. Wenige Tage später habe der englische Premierminister MacDonald den Vorschlag gemacht, eine internationale Konferenz zusammenzubekommen, um die Lage Deutschlands zu prüfen. Bevor die französische Regierung auf diesen Vorschlag eingegangen sei, habe sie den Wunsch gehabt, mit den letzten deutschen Staatsmännern zu verhandeln. Reichsminister Brüning und Reichsaussenminister Dr. Curtius seien darauf nach Paris gekommen und von der französischen Bevölkerung in herzlicher Weise empfangen worden. Vor Beginn der allgemeinen Aussprache habe er Gelegenheiten gehabt, in einer einstündigen Unterredung den Standpunkt der Reichsregierung kennen zu lernen. Er habe auch den Standpunkt der französischen Regierung entwickelt, und es habe sich sofort gezeigt, daß Schwierigkeiten auf beiden Seiten beständen, die man nicht verkennen dürfe. Trotzdem habe man, da sich eine gegenseitige Achtung gezeigt habe, den Versuch machen müssen, in irgend einer Weise etwas zu unternehmen. Sowohl der Reichsminister wie auch er als französischer Ministerpräsident hätten die Interessen ihrer Länder gewahrt, und er entsinne sich eines Wortes, das Reichsminister Brüning gebraucht habe und das auf ihn tiefen Eindruck gemacht habe: Es ist eine Tragödie in der Geschichte unserer Völker, daß wir niemals zu gleicher Zeit das gleiche Wort aussprechen können. An dem Tage, an dem jenseits der Grenzen die nationalitischen Kundgebungen aufgehört haben, werden die Ereignisse eine Antwort auf die Frage des Reichsministers geben. Er, Laval, habe das Empfinden gehabt, daß sowohl der Reichsminister als auch

der Reichsaussenminister betrieblid gemein seien von der offiziellen Aussprache während des Pariser Besuchs. Dann sei man am 20. Juli gemeinsam zur Londoner Konferenz gefahren. Laval kam dann auf den freundlichen Empfang in Berlin zu sprechen und weiterhin auf den Vorschlag einer deutsch-französischen Wirtschaftskommission, die unter den besten Hoffnungen am 13. November ihre Arbeit aufgenommen habe. Dann berichtete Laval über seine Reise nach Washington. Der Besuch sei die schönste und herzlichste Propaganda für Frankreich gewesen, die jemals gemacht wurde. (Beifall.) Es sei jedes Mißverständnis zwischen den beiden Regierungen aus der Welt geräumt worden und Frankreich sei jetzt auch geschützt gegen jede Initiative, wie sie Hoover im Juli d. J. unternommen habe. Man habe beschlossen, am Goldstandard festzuhalten.

Nachdem Laval eine Reihe weiterer Fragen behandelt hatte, kam er auf die Reparationen zu sprechen, auf die Frankreich ein heiliges Recht habe. Er erklärte, daß Deutschland als Schuldner eine gewisse Großmännlichkeit zeige, alles Mögliche zu gestalten und die nationale Aufrüstung zu vervollkommen, aber in dem Augenblick, in dem es zahlen sollte, sich für zahlungsunfähig erklärte, das sei die Gewohnheit Deutschlands. (Starker Beifall.) Dieser Zustand werde dadurch verschlimmert, daß Kundgebungen erfolgten, die bei zu vielen Menschen in Deutschland Unterstützung fanden. Er werde das Elend des deutschen Volkes, wenn aber das Gegenteil der Fall wäre und wenn Frankreich genau so handeln würde wie Deutschland, wie würde das in Deutschland behandelt? Gewiß sei Deutschland von der Krise am härtesten betroffen, aber andere Länder seien auch nicht verschont. Frankreich könne auch nicht immer Vorne und Geld verschleudern. Frankreich habe seine Pflicht erfüllt.

Im Verlauf seiner Rede führte Laval weiter aus: Wir haben in keiner Weise die Verpflichtungen der internationalen Solidarität verletzt, aber es gibt Grenzen, die zu überschreiten wir nicht das Recht haben. Man hört überall: das Vertrauen müsse wieder hergestellt werden, vor allem aber sei dies notwendig für den Kessel vor dem gegebenen Wort und vor dem unterschriebenen Abkommen. Frankreich würde sich nicht weigern die Modalitäten eines neuen Abkommens mit seinen Partnern zu prüfen. Es sei bereit, eine Herabsetzung der Schulden zu bewilligen, wenn ihm auch ein gleicher Nachlaß von seinen Gläubigern gewährt würde. Frankreich werde den Privatschulden keinen Vorrang vor den Reparationen gewähren.

Ausfuhr und Wettbewerbsfähigkeit ist in diesen Wochen durch die Erhöhung der englischen Einfuhrzölle um 50 Prozent und durch die Zollmaßnahmen anderer benachbarter Länder besonders deutlich geworden. Daß wir aber die inneren Lasten nur tragen können, wenn die Basis der Lebenshaltung eingeengt wird, ergibt sich aus dem neuen Fehlbetrag im Reichshaushalt, der mit 500 bis 1000 Millionen RM. geschätzt wird. Wenn es dem deutschen Volk nicht einmal möglich ist, die Lasten seiner inneren Verwaltung und Fürsorge zu tragen, was sollen dann die gläubiger Deutschlands tragen, die uns in den letzten Jahren viele Milliarden gepumpt haben! An die politischen Schulden ist dabei noch gar nicht gedacht.

In Basel wird am 7. Dezember der Sachverständigenausschuß zur Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit zusammenzutreten. Seine Aufgabe ist es, festzustellen, ob Deutschland die Reparationskosten in irgend welcher Form leisten kann. Es muß sich aus diesen Untersuchungen, die selbstverständlich auch die private deutsche Verschuldung nicht außer Betracht lassen können, ergeben, daß die Zeit der Reparationszahlungen vorüber ist. An diesem Punkte wird dann die Politik einsehen, vor allem der politische Ausspruch Frankreichs, den Youngplan wieder in Kraft zu setzen, wenn am 1. Juli 1932 das Hoover-Feiertagsverhältnis abläuft. Der Besuch des italienischen Außenministers Grandi bei Hoover — vielleicht der letzte in der Reihe der Ministerbesuche, mit denen man dieses Jahr reichlich angefüllt hat, erstrebte vor allem finanzielle Hilfeleistung durch Amerika für Italien. Auch Italien hat um Aufrechterhaltung seiner Währung zu kämpfen. Amerika soll zugezogen haben, Italien in seinen Bemühungen um Erhaltung des Goldstandards zu unterstützen. Daß Italien für eine weitestgehende Lösung der Tributfrage eintritt, ist bekannt. Grandi hat in seiner Neugotter Rede dieser Überzeugung Ausdruck gegeben und auch die Beschränkung der Kriegsausgaben mit Nachdruck gefordert.

Am 26. und 27. November findet in Paris eine große private Abrüstungskonferenz statt, die von 600 Vertretern aus allen Ländern, darunter auch 80 Deutschen, besucht wird. Es sind Führer politischer, sozialer, religiöser

und intellektueller Vereinigungen. Auf der Konferenz soll eine Entschließung im Sinne der Abrüstung angenommen werden. Auch die deutschen vaterländischen Verbände haben dieser Tage in Berlin in einer Kundgebung die Abrüstung gefordert als einen Rechtsanspruch des deutschen Volkes auf Grund der bestehenden Verträge.

Angeht die Hilfslosigkeit des Völkerbundes kann man den ganzen Abrüstungsbestrebungen keinerlei Vertrauen entgegenbringen. Wie war es doch, als im Frühling dieses Jahres die deutsch-österreichische Zollunion geplant wurde? Da hat sich der Völkerbund mit aller Macht dreingeworfen, und doch handelte es sich um ein friedliches Unternehmen, um eine Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher Grundlage. Nunmehr aber lobt in der Mandchurei seit Monaten der Krieg zwischen Japan und China. Der Völkerbund findet nicht das entscheidende Machtwort. Unzählige Einigungsversuche sind mißlungen, nun scheint man wieder einmal eine Untersuchungskommission an Ort und Stelle entsenden zu wollen, die den Tatbestand aufnehmen und dem Rat berichten soll. Damit ist natürlich der Konflikt im Fernen Osten nicht aus der Welt geschafft. Es ist vielleicht für eine gewisse Entspannung gefordert, wenn unterdessen nicht die Heere auseinanderprallen, vor allem ist aber etwas für die Reputation des Völkerbundes getan worden. Zweierlei Maß wendet der Rat der Völker an: er schon die Mächtigen und schafft ihnen weiteren Einfluß, während die Schwachen nicht in den elementarsten Rechten geschützt sind. Er hat sich auch nicht gerührt, als das Volk aus Copern den Anschluß an das benachbarte Griechenland wollte, dem es seiner Abstammung nach zugehört. England dürfte die Bewegung militärisch niederdrücken.

In Rußland ist man von der fünfzigsten zur sechzigsten Arbeitswoche zurückgekehrt. Das bedeutet nicht eine Konzeption an die Religion, sondern an die Familie, damit diese am letzten Tage einen gemeinsamen Ruhetag hat, was allerdings nur in den seltensten Fällen der wahre Sonntag ist. Diese Veränderung bedeutet nur eine der vielen Maßnahmen im Rahmen der allgemeinen Amortisierung der Arbeit in Rußland.



Vermutliche Pläne der N. S. D. A. P. in Hessen?

Berlin, 26. Nov. Das vrenschische und das hessische Innenministerium haben dem Oberreichsanwalt ein Schriftstück und Beauftragungen über seine Tätigkeit zugestellt, das von führenden Nationalsozialisten in Hessen aufgestellt worden sein soll. Nach den Vorermittlungen ist die Entstehungsgeschichte die, daß Mitte November eine geheime Besprechung auf dem Forsthaus bei Langenscheidt (Hessen) stattgefunden habe, an der die nationalsozialistischen Führer und jetzigen hessischen Landtagsabgeordneten Hauptmann a. D. Wassmann, Gerichtsassessor Dr. Best, der Geschäftsbereiter für Landwirtschaft Dr. Wagner, der Wirtschaftskorreferent Dr. Schäfer, Kapitänleutnant a. D. von Davidsohn und der Privatsekretär des Gauleiters von Hessen, Stadinspektor, teilgenommen hätten. Vergleichende Schriftarbeiten ergaben, daß der Gerichtsassessor Dr. Best das Schriftstück anfertigt habe. Das Schriftstück sei überförmlich als

„Entwurf der ersten Bekanntmachung unserer Führung nach dem Wegfall der selbstberogen obersten Staatsbehörden und nach Ueberwindung der Kommune in einem für einseitliche Verwaltung organisierten Gebiet“.

Der Entwurf enthält dann den Befehl an die gesamte Bevölkerung, wonach sie jeder Anordnung der SA, um, gleich von welchem Dienstgrade, erteilt, sofort Folge zu leisten habe. „Widerstand“, so jagt der Befehl, „wird unbedingt mit dem Tode bestraft.“

Weiter jebe der Befehl die Ableitung jeder Schutzmaße binnen 24 Stunden vor. Wer dann noch im Besitze einer Schutzmaße betraffen werde, könne ohne Verfabren auf der Stelle erschossen werden. Die Todesstrafe werde auch angedroht den Beamten, Angestellten und Arbeitern öffentlicher Behörden, die ihren Dienst nicht weiterführen, sowie denjenigen, die die zu erlassenden Koovertordnungen verstoßen. Ein besonderer Verordnungsentswurf „zur Sicherung des gegenwärtigen Eigentumsstandes“ (siehe aus, daß die Führung „zur Rettung des Lebens der Bevölkerung gezwungen sei, über den gesamten Ertrag des Volkseinkommens und das Vermögen des einzelnen Volksgenossen zu verfügen.“) Ein besonderer Verordnungsentswurf behandelt die nationale Arbeitsdienstplicht, die jeden Deutschen (nicht Juden usw.), männlichen und weiblichen Geschlechts, vom 18. Lebensjahr betrefle, soweit er nicht bei Behörden dient oder der SA bzw. Landeswehr angehört.

Das Schriftstück sei von dem hessischen Landtagsabgeordneten Dr. Schäfer dem Volksvertreter in Frankfurt a. M. überreicht worden, weil dieser Abgeordnete, der inzwischen mit der Partei in Zwist geraten sei, in ihr ungeschieklie Bestrebungen erblickt, die er mit seinem Gewissen nicht habe vereinbaren können. Die Angeklügtheit werde erblickt in der einleitenden Bemerkung „nach dem Wegfall der selbstberogen obersten Staatsbehörden und nach Ueberwindung der Kommune“.

Es sind im Zusammenhang mit diesem Schriftstück Hausjuchungen bei den führenden hessischen Nationalsozialisten die oben genannt sind, vorgenommen worden.

Der Oberreichsanwalt zu den Hausjuchungen in Hessen

Leipzig, 26. Nov. Wie vom Oberreichsanwalt zu den Hausjuchungen in Hessen mitgeteilt wird, sind diese nicht auf Veranstaltung erfolgt. Im übrigen wird vom Oberreichsanwalt erklärt, ob es sich tatsächlich um ein hochverräterliches Unternehmen handele, lasse sich noch nicht überblicken. Auf jeden Fall bedürfe die ganze Angelegenheit noch der eingehenden Prüfung und Klärung. Wie wir weiter erfahren, ist Dr. Schäfer auf Veranlassung des Oberreichsanwaltes heute vormittag bei der Reichsanwaltschaft in Leipzig erschienen, um hier vernommen zu werden. Die Vernehmung dauert noch an.

Amliche Darstellung über das Ergebnis der Hausjuchungen in Hessen

Darmstadt, 26. Nov. Amlich wird mitgeteilt: Die gestern nachmittag bei verschiedenen führenden Persönlichkeiten der Nationalsozialistischen Partei, Gau Hessen, durchgeführten Hausjuchungen, die sich auf die Nachprüfung der in dem Besitze des Oberreichsanwaltes gelangten Koovertordnungen der illegalen nationalsozialistischen Regiererna und andere Schriftstücke erstrecken, haben in vollem Umfange zum Erfolg geführt. Die Echtheit der Dokumente steht nunmehr ebensolicher außer Zweifel, wie die Tatsache ihrer Abfassung durch Gerichtsassessor Dr. Best und Kommislien.

Die Parteileitung der NSDAP. zu den Hausjuchungen

München, 26. Nov. Zu den Hausjuchungen im Gau Hessen der NSDAP. teilt die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. u. a. mit, daß die Parteileitung der NSDAP. mit dem vom vrenschischen Innenministerium der Öffentlichkeit übergebenen Entwurf eines Schriftstückes, das angeblich von Parteimitgliedern des Gauess Hessen der NSDAP. entworfen sein soll, nicht das geringste in tun habe. Falls diese Niederschrift eines Entwurfs sich als echt erweisen sollte, was bisher noch nicht einwandfrei festgestellt werden konnte, so könne es sich nur um eine Privatarbeit handeln. Die Parteileitung, die ihren grundsätzlichen Standpunkt oft eindeutig genug bekundet habe, könne unmöglich für ihre fast 800 000 Mitglieder verantwortlich gemacht werden.

Die Gauleitung der Nationalsozialistischen Partei zu den Vorgängen in Darmstadt

Frankfurt a. M., 26. November. Die Gauleitung Hessen der N.S.D.A.P. jagt in einer Erklärung u. a., daß seit ihrer Neugründung im Jahre 1925 weder direkt noch indirekt illegale Pläne einzelner Personen unterföhrt worden seien. Es sei unmöglich, daß jeder entfernt worden, der mit solchen Plänen zu spielen versucht habe. Die Gauleitung Hessen und alle verantwortlichen Führer lehnten es entschieden ab, mit diesen Plänen auch nur das geringste zu tun zu haben. Diese Grundhaltung gelte auch für die N.S.D.A.P. in Hessen. Sollte es sich bewahrheiten, daß einzelne Mitglieder der N.S.D.A.P. in Hessen direkt oder indirekt sich mit Plänen dieser Art identifizieren, dann würden sie sofort unwiderrüchlich und dauernd ausgeschlossen. Es wird weiter gesagt, daß jeder, der sich mit illegalen Absichten und Plänen trage, als ein bewußter Provokatör erklärt werde. Diese Meinung werde nicht nur durch den verantwortlichen Gauleiter, sondern auch von allen Führern der hessischen Partei vertreten.

Eine Erklärung Görings an den Reichsinnenminister

Berlin, 26. November. Reichstagsabgeordneter Göring hat im Auftrag des Parteiführers Hitler im Zusammenhang mit den Vorgängen in Hessen dem Reichsinnenminister folgende Erklärung übermittlelt:

„Die Nachrichten über angebliche Hochverräterhandlungen der Partei in Hessen sind der Parteileitung erst durch die Presse bekannt geworden. Die Reichsleitung, sowie die maßgebenden Parteistellen haben damit nicht das Geringste zu tun. Die Parteileitung steht nach wie vor auf ihrem oft genug zum Ausdruck gebrachten und beschworenen Standpunkt strengster Legalität. Sie wird die Vorgänge in Hessen untersuchen und gegen jeden, der nicht die Weisung der Legalität befolgt hat, rückstandslos vorgehen und ihn aus der Partei ausschließen.“

Weitere Anflagen

Die sozialdemokratische „Münchener Post“ schreibt in ihrer letzten Nummer, daß im „Braunen Haus“ in München Listen von Personen angefertigt würden, die, wenn die Nazio zur Macht kommen, „erledigt“ werden sollen.

Der „Völkische Beobachter“ bezeichnet diese Behauptung als eine ungeheuerliche Fälschung und schreibt über die Fälle in München und Darmstadt: „Die Dokumente, mit denen man Polizei- und Staatsanwaltschaft in München und Darmstadt gegen uns hegt, sind, wie wir heute schon feststellen können, erwiesenermaßen gemeine Fälscherprodukte. Es handelt sich hier um das gleiche Fälscherhandwerk, in dem sich die „Münchener Post“ seit Monaten führend hervortut und in der das sozialdemokratische Blatt regelmäßig einer Lüge nach der anderen überführt wurde. Es sei an die gefälshen Meier- und Schulz-Briefe im Fall Röhm erinnert. Der gleiche Schwindel wird auch hier wieder versucht, nur mit noch plumperen Mitteln wie damals. Es wird auch die Zeit noch kommen, in der der marxistischen Fälscherzentrale das Handwerk gründlich gelegt wird.“

Die Sachverständigen für den Basler Sonderausschuß

Erste Tagung am 7. Dezember

Berlin, 25. Nov. Die Bank für internationalen Zahlungsverkehr ist bekannt, daß ihr die Präsidenten bzw. Gouverneure der in Artikel 128 des Sachverständigenplanes aufgeführten Zentralbanken nunmehr offiziell Mitteilung von der Ernennung der sieben ordentlichen Mitglieder des Beratenden Sonderausschusses gemacht haben. Die offiziell Ernannten sind:

- Prof. Alberto Beneduce, Präsident des Consortio dei Credito per le opere pubbliche, Rom;
- Emile Francqui, Staatsminister, Vizengouverneur der Societe Generale de Belgique, Brüssel;
- Sir Walter Bantun, Hauptschriftleiter des „Economist“, London;
- Dr. Karl Reihor, Teilhaber der Firma R. Warburg u. Co., Hamburg;
- D. Sobara, Esqu., Direktor der Yokohama-Spesie-Bank, Yokohama, Japan;
- Prof. Charles Rijs, Professor der Rechtswissenschaft an der Universität Paris;
- Dr. Walter Stewart, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Chase National Bank, New York.

Die Bank für internationalen Zahlungsverkehr hat den Ausschuß auf Montag, den 7. Dezember, vormittags 10.30 Uhr, nach Basel einberufen, wo er in der Bank tagen wird. Es versammelt, das mehrere Mitglieder des Ausschusses einen bzw. zwei Tage vor der ersten offiziellen Tagung in Basel einzutreffen werden, um u. a. die Anzahl von vier weiteren Mitgliedern des Beratenden Sonderausschusses zu erwägen.

Prof. Alberto Beneduce, Präsident des Consortio dei Credito per le opere pubbliche, Rom; Emile Francqui, Staatsminister, Vizengouverneur der Societe Generale de Belgique, Brüssel; Sir Walter Bantun, Hauptschriftleiter des „Economist“, London; Dr. Karl Reihor, Teilhaber der Firma R. Warburg u. Co., Hamburg; D. Sobara, Esqu., Direktor der Yokohama-Spesie-Bank, Yokohama, Japan; Prof. Charles Rijs, Professor der Rechtswissenschaft an der Universität Paris; Dr. Walter Stewart, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Chase National Bank, New York.

Gehaltskürzungen im Haushaltsausschuß

Nach Privatsekretären sollen gekürzt werden

Berlin, 26. Nov. Im Haushaltsausschuß des Reichstages erklärte ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums auf Anfrage, ihm sei nicht bekannt, ob und welche Pläne die Reichsregierung hinsichtlich einer neuen Gehaltskürzung habe.

In der Abstimmung wurde der kommunistische Antrag abgelehnt, alle Gehalts- und Befoldungskürzungen rückgängig zu machen.

Angenommen wurde der sozialdemokratische Antrag, der eine Herabsetzung der Gehälter von 6. Oktober folgendermaßen verlangte: Die Herabsetzung der privaten Gehälter soll mindestens betragen bei Einkommen über 12 000 bis 20 000 Mark 20 v. H. des über 12 000 Mark hinausgehenden Betrages, über 20 000 bis 50 000 Mark 25 v. H. des über 12 000 Mark hinausgehenden Betrages usw. Eine Herabsetzung unter 12 000 Mark soll jedoch nicht erfolgen. Wird die Herabsetzung nicht oder nicht in dem vorgeschriebenen Umfange vorgenommen, so ist der Dienstbesitz verpflichtet, den Unterschiedsbetrag vom selbst an das Reich abzuführen.

Weiter wurde der christlich-soziale Antrag angenommen, worin die Reichsregierung um sofortige Vorlage eines beträfteten Gesetzesentwurfs oder um Erlaß einer beträfteten Koovertordnung des Reichspräsidenten ersucht wurde, wonach von Körperstellen des öffentlichen Rechts nicht höhere Gehälter wie die der Reichsminister ausgerechnet werden dürften. Diese Bestimmung soll jedoch nicht den Reichspräsidenten und den Reichsminister treffen. Rentenzulagen und Zulagen jeglicher Art seitens des Arbeitgebers an den Gehaltsempfänger und an dessen Familie dürfen 15 v. H. der Gehälter, Reiseentschädigungen die Höhe der entsprechenden Klasse der Reichsbeamten nicht übersteigen. Ausnahmen können nur von einer Reichs- oder Landeszentralbehörde zugelassen werden. Wenn bei der Reichsbahngesellschaft internationale Verhandlungen zur Durchführung der obigen Forderungen erforderlich sein sollten, so sollen diese Verhandlungen sofort einsetzt werden.

Ein weitergehender nationalsozialistischer Antrag wurde, da die Antragsteller abwesend waren, vom Ausschuß abgelehnt.

Wie steht es um Bräning?

Aus Baden wird nach dem Scheitern des Wirtschaftsbeirats gemeldet: Selbst die Anhänger, auf die der Kanzler stets sicher rechnen konnte, sind ungläubig geworden. Sie weisen auf die vielen Versprechungen der letzten Jahre hin, die Bräning nicht habe erfüllen können, weil immer neue Aufgaben zwischen die begonnenen Arbeiten sich einfügten. Man brauche nur an den Bankzusammenbruch im Juli zu denken, an die Kämpfe um den deutsch-österreichischen Zollausgleich, an die Verzögerung des Hooververtrages durch Frankreich. Wird

es, so fragen die Politiker, diesmal anders kommen? Schon der Preis- und Tarifabbau, so meint man, werde versagen. Die Reichsbahn könne die Personalfahrkarte nicht senken, die Stadt Straßenbahnen und die Gas- und Elektrizitätswerke würden sich ebenfalls weigern, ihre Preise abzubauen. Die Berliner Verkehrsgesellschaft erwäge sogar schon wieder neue Fahrpreisaufschläge. Die Städte und Gemeinden brauchen die Ueberhöhe aus ihren Beträgen, um die laufenden Ausgaben, besonders die Wohlfahrtsausgaben, zu begleichen. Die Reichspost denke nicht daran, das Briefporto wieder auf den Friedensstand von 10 Pfennigen zu senken. Die Sozialversicherung arbeite mit Fehlbeiträgen und suche eher die Einnahmen zu erhöhen, um den gesteigerten Ausgaben Rechnung tragen zu können. Zölle und Steuern würden nicht gesenkt. Hinsichtlich der Mietenentlastung spreche man von Wonn und Aber. Wie solle aber das Ziel der Preisentlastung erreicht werden, wenn die Behörden selbst nicht vorangehen könnten, weil sie selbst nicht genügend Deckung haben? Nach der Meinung des Reichsfinanzministers werde sich die verheerende Wirtschaftskrise erst in den nächsten Monaten in vollem Maße auswirken. Es sei unmöglich, der Wirtschaft und denjenigen, die noch in Arbeit stehen, neue Lasten aufzubürden. Jede neue Belastung dieser immer kleiner werdenden Schicht vermähndere das Steuerauskommen. Am Reichstag, so wird bitter bemerkt, werde nicht geparkt. Der Diätenhaushalt des Reichstags und der übrigen deutschen Parlamente mache allein 42 Millionen Mark aus. Angesichts der Zweifel in den eigenen Reihen bescheit sich die Regierung wieder mit der Frage einer Koalition zwischen Nationalsozialisten und Zentrum.

Neues vom Tage

Schiedsspruch für den Ruhrberauben

Essen, 26. Nov. In den wieder aufgenommenen Verhandlungen über die Löhne im Ruhrberauben wurde durch die Schlichterkammer mit den Stimmen der Arbeitnehmer ein Schiedsspruch gefällt, wonach das bestehende Lohnabkommen bis zum 31. Dezember 1931 verlängert wird. Der Spruch kann erstmalig am 1. Dezember zum 31. Dezember gekündigt werden. Von Arbeitnehmerseite wurden Bedenken gegen die kurzfristige Verlängerung erhoben, weil dann die nächsten Verhandlungen über Lohnbestimmungen mühten und dadurch eine neue Beurteilung in das Revier hineingebbracht würde. Die Arbeitgeber haben den Schiedsspruch abgelehnt.

Ein 2½-jähriger Lebensretter

Kassel, 26. Nov. Daß ein 2½-jähriger Junge ein fünfjähriges Mädchen vom Tode des Ertrinkens rettete, dürfte wohl eine fast unlaubliche Begebenheit sein. Dieser Fall hat sich dieser Tage in Kassel ereignet. Beim Spielen im Garten machte sich ein fünfjähriges Mädchen an einem Wasserloch zu schaffen, da es Wasser zum Kuchenbacken nötig hatte. Die Kleine rief jedoch plötzlich aus und lief los. In das 1½ Meter tiefe Fach der kleine Paul Boaner, ein 2½-jähriger Knirps, der sich auch beim Fach befand, rannte nicht wea, wie kleine Kinder es zu tun pflegen, sondern ergriff die Beine des Mädchens und sog aus Leibeskraft, bis es dem Mädchen gelang, mit den Händen nachzuhelfen und aus dem Fach zu kommen. Der in der Nähe weisende Großvater des kleinen Helden hatte infolge Schwermüdigkeit vom dem ganzen Vorfall nichts bemerkt.

Gesundhät in Warschau — Sechs Tote

Warschau, 26. Nov. Von der jüdischen Rettungsgesellschaft wurden aus einem Hause sechs Tote geborgen, die durch Leuchtgas ums Leben gekommen waren. Fünf Veraltete liegen hoffnungslos darnieder. Das Gas war aus dem Hauptrohr in zwei Kellerwohnungen eingedrungen. Da unter den Bewohnern der Kellerwohnungen Streit entstanden war, hält man es für möglich, daß das Gasrohr angelegt worden ist.

Freundschafts Telegramm an China und Japan

Paris, 26. Nov. Das Telegramm, das Außenminister Briand als Vorsitzender des Völkerbundrates an die chinesische und an die japanische Regierung gerichtet hat, lautet: Der Völkerbundrat bemüht sich, zu einer friedlichen Regelung des Streitfalles zu gelangen. Seine Bemühungen würden vergeblich sein, wenn neue Kämpfe zwischen chinesischen und japanischen Streitkräften vorlägen. Der Völkerbundrat macht die beiden Regierungen auf die in der Gegend von Tschingtau herrschende Lage besonders aufmerksam. Sache der beiden Parteien ist es, den Befehlshabern ihrer Streitkräfte die strengsten Weisungen zu erteilen, sich jeder Initiative zu enthalten, die neue Kämpfe und neues Blutvergießen zur Folge haben könnte.

Abtransport japanischer Truppen aus Tschingtau

Paris, 26. Nov. Die japanische Völkerbunddelegation teilt mit, daß nach den durch die Röhle bedingten Transporterschwierigkeiten die Zurükziehung der japanischen Truppen aus Tschingtau begonnen hat und gegenwärtig andauert.

Württembergischer Landtag

Einräumungsarbeit im Landtag

Stuttgart, 26. Nov. Im Landtag wurde am Donnerstag ein erhebliches Maß von Arbeit geleistet. Zunächst wurde das Württembergische Landtag dem Bürgerlichen Gesetzbuch in dritter Lesung gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen, nachdem noch eine formalrechtliche Verbesserung dringender Antrag des Abg. Heumann (S.) zur Frage der Zuständigkeit der Schwurrichte für Straftaten durch die Presse und ein Antrag Dr. Engel (FR.) betr. reichsgesetzliche Regelung der Luftschiffahrtshäden Zustimmung gefunden hatten. Eine längere Aussprache knüpft sich dann an einen von Initiativbescheidener, der die Verknüpfung der Steuerfreiheit für Neubauswohnungen von 5 auf 7 Jahre mit rückwirkender Kraft auf 1. Januar 1931 vorschlägt. Finanzminister Dr. Dehlinger wandte sich sehr entschieden gegen den Entwurf, weil in den meisten Fällen nicht der geringste Anlaß zu einer Steuerermäßigung bestünde und weil sowohl der Städte- wie auch der Gemeindetag im Interesse der Gemeindefinanzen dringend abeten haben, die Verlängerung der Steuerfreiheit abzulehnen. Der Minister bezeichnete den von Entwurf als den Ausdruck einer verantwortungslosen Opposition. Auch die Abg. Dr. Rauche (Dem.), Dr. Hüder (FR.), Dr. Höfner (FR.), Dr. Strödel (FR.) sprachen sich gegen den Initiativbescheidener aus, während sich die Abg. Winter (S.), Böhler (S.), Bergenthaler (S.), Genaler und Andre (S.) für ihn ins Zeug setzten und u. a. darauf hinwiesen, daß der Landtag schon einmal von der Regierung die Vorlegung eines derartigen Entwurfs verlangt habe. Der Abg. Basch (S.) beantragte, nur solchen Gebäudefürdern, die sich in wirtschaftlicher Bedrängnis befinden, Steuerfreiheit bis zu 7 Jahren zu gewähren. Dieser Antrag wurde mit dem Entwurf an den Staatsoberhauß überwiesen.



Die sehr kritische Frage der Errichtung einer neutralen Schiedsstelle wurde von der Tagesordnung abgeseht. Dann kamen auch Anträge des Zentrums und des Bauernbundes...

Nächsten Dienstag wird die Regierung ihre neue Rechtsverordnung dem Finanzausschuss des Landtages unterbreiten.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 27. November 1931.

Amthliches. Uebertreten wurde eine Lehrstelle an der evangeliischen Volksschule in Oberkeltheim...

Die Auszahlung der Heeresrenten für den Monat Dezember erfolgt am Samstag, den 28. ds. Mts. von 9 Uhr ab durch die Postamtskasse.

Fleischverkauf am dritten Weihnachtsfeiertag. Auf Anregung des Fleischerhandwerks befristeten sich die zuständigen Stellen zur Zeit mit der Frage...

Weitere Erleichterung der Benützung von Sonntagsrucksackarten über Weihnachten und Neujahr. Nach der erheblichen Erweiterung der Gültigkeit der Sonntagsarten über Weihnachten und Neujahr hat die Reichsbahn...

Calw, 26. November. (Verkehrsunfall.) Dienstagmittag gegen 1.30 Uhr fuhren auf der Staatsstraße Calw-Hirsau, beim Gutleuthaus, ein Stuttgarter und ein Schorn-dorfer Personenauto mit erhöhter Fahrgeschwindigkeit aufeinander.

Unterjettingen, 26. November. (Zwangsvorsteigerung.) Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das auf Markung Unterjettingen belegene Anecken des Friedrich Rinderknecht, Hirchwirts in Unterjettingen und seiner Ehefrau Emilie geb. Henne je hälftig ungeteilt gemeinschaftlich eingetragene Grundstück Gebäude Nr. 105/2 u. 108/2 Quadratmeter Wohn- und Wirtschaftsgebäude, Scheuer, Schuppen, Brennerei und Hofraum mit dazugehöriger Wirtschaftsgerechtigkeit zum „Hirsau“ an der Hauptstraße, mitten im Dorf, gemeinderätlich geschätzt zu 20000 Mark, am Donnerstag, den 10. Dezember 1931, nachm. 2 Uhr, auf dem Rathaus in Unterjettingen versteigert werden.

Freudenstadt, 27. November. Stadtpfleger Röhler, geboren am 26. November 1871 in Sulzdorf bei Hall, feierte am gestrigen Tag seinen 60. Geburtstag. Er ist der dienstälteste städtische Beamte und seit 1. Juni 1895, also jetzt seit 36 1/2 Jahren, im Dienst der Stadtgemeinde. Vom Ältestenrat rüdte er nach wenigen Monaten zum Sekretär, 1914 zum Steuerassistenten und Ständesbeamten auf und übernahm als Nachfolger von Stadtpfleger Jeeb am 1. September 1923 das Amt des Stadtpflegers, das er nunmehr seit acht Jahren in gewissenhafter Verwaltung bekleidet. — Seinen 70. Geburtstag feierte gestern der frühere Holzhauerobmann Karl Möhrle, der von seiner Schulfreundschaft bis in sein hohes Alter als Holzhauer bei der städtischen Waldinspektion in Arbeit stand.

Neuenbürg, 26. November. (Unsere Alten.) Unsere ältesten Mitbürger und Mitbürgerinnen haben zum 11. November das Licht der Welt erblickt. Nachdem bereits am 17. Frau Pauline Wanner im trauten Familienkreis ihren 87. Geburtstag begehen durfte, feiern zwei weitere Witwen, Frau Marie Benkiser und Frau Christiane Rösch, heute ihren 83. Jahrestag, und morgen

kann der Senior unserer Stadtgemeinde, Herr Eugen Seeger, auf ein Alter von 89 Jahren zurückblicken.

Waldbach, 25. November. Zur Gemeinderatswahl sind sechs Vorschläge eingegangen mit insgesamt 39 Bewerbern.

Waltingen, 25. November. (Wildschweine.) Am Samstagabend kam der hiesige Jagdpächter Baich-Wöblingen auf drei Wildschweine. Eine Boche mit ca. 150 Pfund blieb im Feuer, ein starker Keiler wurde angetroffen, jedoch scheinbar nicht verwundet und der dritte Schwarzfittel konnte sich unbeschossen in Sicherheit bringen. Das Schwarzwild wechselte in Richtung Jelshausen, konnte aber nicht mehr festgemacht werden.

Altsitz, D.A. Sulz, 26. November. (Eindrehen an der Arbeit.) In der Nacht vom 23. November hatte der Bauunternehmer Peter von hier einen unheimlichen Besuch in Gestalt von Eindrehern. Nachdem diese zuvor bei einem Nachbar einen Eindruck verschafft hatten, gaben sie in jenem Büro eine Gastrolle, indem sie alle Schränke und Behälter durchwühlten. Neben einem Fahrrad, welches sie stahlen, nahmen sie auch noch Kleidungsstücke u. a. mit. Wie wir erfahren haben, soll auch in Altoberndorf auf der Bahnstation in derselben Nacht eingebrochen worden sein. Den Tätern, welche im Stationsraum in Altoberndorf ebenfalls alles durchwühlten, sollen aber nur wenige Pfennige in die Hände gefallen sein. Einen Tisch und Schreibutensilien haben die Eindrehen über das Bahngelände in die nebenanliegenden Wiesen getragen und dort weggeworfen.

Dorhan, 25. November. (Waldbarbeiten.) Dem Holzhaueraktord liegen die Bestimmungen der HO für die Staatsverwaltung vom Jahr 1923 zugrunde, und es wurden die Stillschneidungen in Anlehnung an die staatlichen Affordränge bestimmt. Arbeiter über 21 Jahre erhalten Stundenlohn 45 Pfg., der Holzhauerobmann 50 Pfg. Mit Arbeiten wurde in der Braundalle, Distrikt 1, begonnen. Die Stadtwaldung hat berechnet auf 1636 Meter, die Nutzung im Stistungswald auf 421 Meter. Von dieser Gesamtzahl werden vorläufig vom Hieb zurückgehalten ca. 400 Meter. Für das Fällen und Reppeln von Langholz werden bezahlt im Leichten Hang per Hektometer in Kl. 1 und 2 1,20 Mk., Kl. 3 und 4 1,50 Mk., Kl. 5 und 6 2,20 Mk., in der Ebene 10 Prozent weniger, am Steilhang 10 Prozent weiter. Für Aufbereitung von Brennholz pro Km. werden bezahlt im Leichten Hang 2 Mk., Steilhang 10 Prozent mehr, Ebene 10 Prozent weniger. Den Zeitverhältnissen entsprechend meldeten sich einschließlich der beruflichen Holzhauer zur Arbeit 46 Mann, welche in zwei Abteilungen beschäftigt sind.

Stuttgart, 26. Nov. (Beamtenchaft und Notverordnung.) Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, Landesauschuss Württemberg, hat in Gemeinschaft mit dem Afa-Bund dem Württ. Staatsministerium in einer Eingabe eine Anzahl Forderungen unterbreitet, die auf eine Zurücknahme oder Milderung der Notverordnung abzielen. Am 23. November fand zwischen dem Staatspräsidenten und Vertretern obiger Organisationen eine Besprechung statt. Sie verlief negativ. Nach den Erklärungen des Staatspräsidenten kommt eine Zurücknahme der Notverordnung nicht in Betracht, ebenso wenig ihre derzeitige Abänderung. Er stellte lediglich in Aussicht, daß bei einer weiteren, die Gehaltsverhältnisse der Beamten und Angestellten berührenden Reichsnotverordnung die durch die württembergische Notverordnung vorgenommenen Gehaltsfäuzungen in Anrechnung gebracht würden. Hierbei könne auch erwogen werden, inwieweit die in der Eingabe geforderte Gehaltsfäuzung unter Festlegung einer höheren Freigrenze in Anwendung zu bringen sei.

Zahlungseinstellung. Das Baugeschäft Friede, G. Schulz sen., Stuttgart, hat unter dem Druck der Verhältnisse seine Zahlungen eingestellt. Die Schwäbische Treuhandgesellschaft Stuttgart ist mit der Feststellung der Vermögensverhältnisse und mit der Vorbereitung eines gerichtlichen Vergleichsverfahrens sowie mit der Führung der Vergleichsverhandlungen mit den Gläubigern beauftragt.

Weihnachtsmesse. Die Stuttgarter Weihnachtsmesse 1931 beginnt am Donnerstag, 17. Dezember, und dauert bis Donnerstag, den 24. Dezember, nachmittags 4 Uhr. Obst-, Süßfrüchte- und Wurstverkäufser werden nur in der Markthalle zugelassen. Die Möbelmesse, beschränkt auf drei Tage, findet vom 17. bis 19. Dezember in der Gewerbehalle statt.

Eltingen, 26. Nov. (Polizei gegen Streikposten.) Am Mittwoch kam es zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und streikenden Lederarbeitern, die das Betreten der Fabriken durch Arbeitswillige verhindern wollten. Die Polizisten gingen mit Gummistäpfeln und Hedagerten vor und trieben die Streikenden immer wieder auseinander.

Hirtlingen O.A. Rottenburg, 26. Nov. (Brand.) In der Nacht auf Mittwoch brannte das Anwesen des Küfers Hubertus Maurer bis auf den Grund nieder. Es konnte vom Mobilat fast nichts, das Vieh dagegen bis auf zwei fetten Schweine gerettet werden.

Göppingen, 26. Nov. (Schutz dem Handwerk.) Am Mittwoch nachmittags verjagten wieder fremde, mit Lastwagen vorfahrende Chasifelonqueverkäufser in verschiedenen Stadtteilen ihre Ware zu Schleuderpreisen abzujehen. Auf Grund früher schon gemachter Erfahrungen und weil es sich um schlecht gearbeitete Stücke handelte, griff die Polizei ein, nahm eine Untersuchung vor und verbot den Verkauf wegen unlauteren Wettbewerbs.

Wlingen O.A. Maulbronn, 26. Nov. (Motorradunfall.) Der 20 Jahre alte Sohn des Zimmermeisters Kälber von Wlingen stieß auf der Straße Wlingen-Wienzingen mit seinem Motorrad auf einen entgegenkommenden Lastkraftwagen. Der Motorradfahrer wurde am Kopf sehr schwer verletzt. In seinem Aufkommen wird gemißtelt.

Großluchan O.A. Neresheim, 26. Nov. (Ein Zeichen der Zeit.) Am Montag sollte in Neresheim, Gemeinde Großluchan, eine Zwangsvorsteigerung stattfinden. Drei Stück Jungvieh waren dem Verkauf ausgelegt. Es hatte sich aber kein einziger Käufer eingefunden. Somit mußte der Gerichtsvollzieher ohne Erfolg abziehen.

Tigerfeld O.A. Mönningen, 26. Nov. (Schlechter kann's nimmer gehen!) Kam da zu einem hiesigen Landwirt ein Mehger und bot ihm für ein Saugkalb (75 bis 80 Pfund schwer) sage und schreibe 6 RM. Nachdem noch drei oder vier Händler kamen, wurde es schließlich für 13,50 RM. von einem Wirt gekauft.

Alm, 26. Nov. (Gemeinderatswahlen.) Nun sind die Wahlzettel der Parteigruppen für die am 6. Dezember stattfindenden Gemeinderatswahlen bekannt. Es treten diesmal sieben Parteigruppen auf. Neu sind die Kommunisten, der Christliche Volksdienst und die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Von den 22 auscheidenden Gemeinderäten treten 15 wieder als Kandidaten auf. 7 lassen sich nicht mehr wählen und sind zurückgetreten.

Meine Nachrichten aus aller Welt

Brünnings 46. Geburtstag. Reichsoffizier Dr. Brünnings ist am 26. November 46 Jahre alt geworden.

Labendorfs Immunität aufgehoben. Der Geschäftsausschuh des preussischen Landtags beschloß am Mittwochabend die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Labendorff (W.P.) wegen seiner Tätigkeit als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Bank für Handel und Grundbesitz zu erteilen.

Ein Zentrumsgewordener im Landtag verstorben. Der Abgeordnete der Zentrumsfraktion des preussischen Landtages, Professor Grebe-Donabrid, ist in Berlin im Landtaggebäude einem Herzschlag erlegen. Der Verstorbene vertrat den Wahlkreis Weier-Ems für das Zentrum.

Borgeläufiger Autobrand? Der Kaufmann Cromm in Burscheid (Niederrhein) hat am Montagabend mit seinem Kraftwagen Opladen verlassen, um sich nach Burscheid zu begeben. Dort ist er nicht eingetroffen. Am Dienstag nachmittag wurde sein Wagen kurz vor Bentrath brennend vorgefunden. Von Cromm fehlt jede Spur. Cromm war von seiner Firma vor einigen Tagen beurlaubt worden, da er in Verdacht stand, an den Veruntreuungen des bereits entlassenen Geschäftsführers der Firma beteiligt gewesen zu sein.

Verbot des nationalsozialistischen Parlamentsdiensts. Der Berliner Polizeipräsident hat den nationalsozialistischen Parlamentsdienst bis zum 24. Februar 1932 verboten, weil er eine kleine Anfrage des Abgeordneten Kube veröffentlichen ließe.

Botischer von Britisch Ehrendoktor. Der Präsident der Atlantic University in Virginia überreichte dem deutschen Botschafter von Britisch das Diplom des Ehrendoktors der Rechte mit Doktorhut, sowie den von einem deutschen Bewohner der benachbarten Stadt Norfolk gestifteten Doktor-Talar.

Aus dem Gerichtssaal

Beitragsschwindler

Tübingen, 26. Nov. Der 43jährige Elektromonteur Heinrich Schweizer von Oberhausen fand wegen nicht weniger als 19 Beiträgerelien vor dem hiesigen erweiterten Schöffengericht. Unter diesen 19 Fällen befinden sich 4 Beitragschwindelbeleidigungen, die er an verschiedenen Orten begangen hat. Das Gericht verurteilte ihn zu 2 1/2 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust.

Der Lübecker Tuberkulose-Prozess

Lübeck, 26. Nov. Im Verlauf des Lübecker Tuberkuloseprozesses erklärte der Angeklagte Professor Dr. Klug, er könne nicht gelast haben, Dr. Deude sei von ihm gemannt worden. Eine Warnung sei nicht erfolgt. Er habe Dr. Deude in dieser Sache persönlich gar nicht gesprochen. Wenn er erklärte, Dr. Deude habe die Kulturen vernichtet, so habe das aus einem Irrtum beruht. Er habe sich erkundigt und seinen Irrtum sofort berichtigt. Nach dem Unlud seien verschiedene Kerse aus dem Ausland in Lübeck gewesen und die Ausführungen dieser Kerren hätten ihn auf den Gedanken gebracht, daß man vielleicht schon bei den Kindern Neuner und Keimert hätte Tuberkulose feststellen können. Vielleicht hätte man, von der Persönlichkeit Dr. Deudes beeinflusst, damals diesen Fällen nicht die Bedeutung beimessen, die man nach dem Unlud erkannte. Es sei vielleicht eine Tragödie der Autorität. Man wisse, daß das Calmetteverfahren unischädlich ist. Man laute damals, es müsse etwas Fremdes in den Kulturen gewesen sein. Diese Vermutung habe er zum Ausdruck bringen wollen. Davon, daß er damals lagen wollte, bemutet oder unbewußt sei etwas anderes in Lübeck ausgegeben worden, als das VCG-System, könne keine Rede sein. Daran, daß ein verlässliches Calmettemittel ausgegeben worden sei, könnte er gar nicht denken. Er habe nur gemeint, die vielen Todesfälle mühten doch beweisen, daß etwas davor gekommen sei. Seit Mai 1930 habe er mit der Mollität einer Virulent-Steigerung getrachtet.

Die Euliner Zusammenstöße vor Gericht

Eutin, 26. Nov. Im Zusammenhang mit den letzten politischen Zusammenstößen in Eutin verurteilte das Große Schöffengericht drei Angehörige des Reichsbanners wegen Landfriedensbruchs zu Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu einem Jahr Gefängnis. Ein Nationalsozialist, der am Tage nach den Unruhen einen politischen Gegner mit einem Kanabinerhaken verletzte, erhielt sechs Monate Gefängnis.

Humor

Aus einem Schulaufjah. Aus Urach wird berichtet: Ein Mädchen der ersten Schulklasse schilderte in einem Schulaufsatz, wie sie mit ihrem Vater an einem Sonntag die neue Steige Urach-Hülden besichtigen durfte. Besonders eindrucklich wurde ihr dabei das Bild eines das Tal herausstehenden Schäfers. Diese Tatsache hält die Kleine mit herzzerreißender Realistik in folgendem Satze fest: „Aber die Schafe mühten auf der alten Steige bleiben, sie dursten nicht gleich die neue Steige versch. Ben.“

Handel und Verkehr

Wärkte

Stuttgarter Schlachtwiechmarkt vom 26. November

Zugvieh: 1 Ochse, 2 Bullen, 9 Junabullen, 86 Küder, 63 Rube, 243 Kälber, 538 Schweine, 23 Schaf, Unverkauft: 46 Küder.

Bullen: ausgem. 23-34 (uno.), mittl. 20-22 (21-22), Rinder: ausgem. 32-35 (32-36), mittl. 25-30 (26-30), H. 21-23 (22-25).

Kälber: feinste Maß und beste Saugf. 34-38 (34-37), mittl. 31-33 (uno.), ger. 27-29 (25-29).

Schweine: von 240-300 Pfd. 46-47 (48-49), von 200 bis 240 Pfd. 44-46 (45-47), von 160-200 Pfd. 41-43 (uno.), von 120-160 und unter 120 Pfd. 38-40 (38-41) Sauen 30-41 (32 bis 42). Verkauf: Großvieh schleppend, Kälber mäßig, fettes Schweine gesucht, sonst langsam.

Wiechpreise. Wehingen: Ochsen 360-400, Rube 120-360, Jungvieh 50-160, Kalbinnen 280-420 M. - Füllingen: Ochsen, Rube und Kalbinnen 200-345, Jungvieh 40-200 Mark.

Schweinepreise. Böhleren: Milchschweine 6-12 M. - Ebnlingen u. Böblingen: Milchschweine 10-15 M. - Wehingen: Milchschweine 7-12, Küder 20-35 Mark. - Füllingen: Milchschweine 12-14 Mark.

Waidmarkt, 25. November. (Marktbericht.) Zufuhr 85 St. Milchschweine, Preis 15-25 M. das Paar. Handel gedrückt, kleiner Ueberfluß.

Holzpreise aus Bayern

Forstamt Landsbut (Niederbayern) am 20. Nov. für 300 fm. Nadelstammholz aller Klassen 50 Prozent der Landesgrundpreise.

Forstamt Eberstein-Nord (Wald) am 15. Nov. für 600 fm. Forstschlachtholz 1. und 2. Kl. 60 Proz. der Landesgrundpreise.

Forstamt Kemnath (Oberpfalz) am 14. Nov. für 100 fm. Nichten- und Tannenblachholz 1.-6. Kl. 50 Proz. der L.G.P.

Forstamt Neuhau (Oberfranken) am 18. und 19. Nov. für 220 fm. Nichten-Langholz 2.-6. Klasse und 435 fm. Forstschlachtholz 1.-5. Kl. 62 Proz. der Landesgrundpreise.

Sämtliches Holz wurde freihändig vor der Fällung verkauft.

Wollach, 25. November. (Holzverkauf.) Ein großerer Posten, 671 Festm. Stammholz und Abfälle 1.-6. Klasse aus der Waidfällung vor einem Jahr wurde letzter Tage vom hiesigen Forstamt zu 36 Prozent verkauft.

Horb, 27. November. In einigen größeren Ortschaften bei Horb kann zurzeit ein eifriger Heu- und Strohmarkt beobachtet werden. So haben die Landwirte und Viehhalter in der Gegend bei Heiligenbrunn sehr wenig Heu geerntet. Die Abfuhr geschieht meistens per Kasse, zwei und drei kräftige Kasse ziehen die hochbeladenen, oft 20-25 Ztr. schweren Deumwagen durch die Landstraßen. Bezahlt wird für den Zentner Heu, auch Kleehheu, etwa 2 Mark, man sieht, daß die Heupreise also wieder etwas angezogen haben, zumal im Sommer der Zentner ab Wiese 80 Pfg. bis zu 1 Mark galt. Der Ausfall an Stroh wird da und dort bei den Landwirten zu spüren sein und so mühen wieder diejenigen Ortschaften einbringen, die eine annehmbarere Ernte einführen konnten. Ein Zeichen, daß die Papierindustrie seit einigen Monaten sehr stark zurückgegangen ist, ist daraus zu ersehen, daß Schöngereppelle, im Walde bereitgelegte und aufgeschichtete Beigen mit Papierhölzern nicht an die bisherigen Firmen abgesetzt werden konnten, sondern nun an gewisser Stelle wohl oder übel als Brennholz verkauft werden mußten. Infolge des diesjährigen beträchtlichen Andrangs von Waldarbeitern zum Großholzschnitt wurden die Holzmacherpreise stark gedrückt. Die Leute erhalten durchschnittlich pro Meter 70-90 Pfg. Allenfalls haben nun die Arbeiten in den Forsten begonnen. Die immer noch günstige Spätherbstwitterung wird nach Kräften ausgenützt.

Kontakte

Witt. Theurer Jg., Landwirt in Eisenbach Gde. Göttingen. Firma Henster u. Weß, Komm.-Ges., Großhandel in Weß und Wollwaren in Stuttgart, Reinsbutstraße 6. Nachh. des im September 1930 f. Drahtwarenfabrikanten Gottlob Blind in Reutlingen.

Letzte Nachrichten

Schwierige Finanzlage in Mecklenburg-Strelitz - Auszahlung der Beamtengehälter gefährdet

Neu-Strelitz, 26. November. In der heutigen Sitzung des mecklenburg-strelitzischen Landtags gab Minister Freiherr Dr. v. Reibnitz eine Regierungserklärung ab, in der er darauf hinwies, daß er dem Landtage schon vor einigen Monaten vorgelegt habe, den Anschluß an Preußen zu vollziehen. Inzwischen seien die Schwierigkeiten des Landes größer geworden. Der Monatsernte werde nicht mehr

fern sein, an dem die Staatsregierung nicht mehr in der Lage sei, die Beamtengehälter auszuzahlen. Die Staatsregierung halte es für geboten, daß der Haushaltsausfluß des Landtags sich beschleunigt mit der Finanzlage des Staates beschleunige. - Wegen eines Krankenhauses am Eschweg kam es dann zu Gegenfragen im Regierungslager. Die deutschnationale Fraktion brachte gegen den sozialdemokratischen Minister v. Reibnitz einen Mißtrauensantrag ein. Bei der Abstimmung unterlag die Regierung, da die bürgerliche Mitte mit der Rechten stimmte.

König Alfons reist nach München

Paris, 26. Nov. Der ehemalige König von Spanien, Alfons, hat heute Fontainebleau verlassen, um sich zu einem dreitägigen Aufenthalt nach München zu begeben.

Französische Einfuhrdekrete

Paris, 27. November. Das Amtsblatt veröffentlicht mehrere Einfuhrdekrete. Danach ist das Einfuhrkontingent für Rindfleisch aus dem Auslande erschöpft, und Rinder können nicht mehr vor dem 1. Januar 1932 nach Frankreich eingeführt werden. Dagegen werde die Einfuhr von Weizen nachts während der Zeit vom 1. bis 25. Dezember 1931 erlaubt.

Gandhi über die Folgen eines Fehlschlagens der Londoner Indienkonferenz

London, 26. November. Gandhi erklärte einem Journalisten, der ihn nach den voraussichtlichen Folgen eines Scheiterns der Konferenz am Runden Tisch fragte: So, wie ich jetzt die Zukunft beurteile, könnte es zu neuen schweren Unruhen kommen. Selbst hier habe ich das Gefühl, daß das Volk durchaus zum Kampf bereit ist und nur auf ein Signal wartet.

Natmähliches Wetter für Samstag

Dem Hochdruck im Osten steht immer noch die Depression im Westen gegenüber. Für Samstag ist unbeständiges Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig, für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laufer

Dem Ziel entgegen

Darüber spricht am Samstag, den 28. Nov. abends 8 Uhr im „Grünen Baum-Saal“

Pg. SA.-Führer „Süd-West“ v. Jagow
Kapitänleutnant a. D.

Deutsche aller Stände besucht diese Versammlung im Hinblick auf die kommende Gemeinderatswahl.

N.S.D.A.P. Ortsgruppe Altensteig.

Eintritt frei. Freie Aussprache.

Altensteig

Morgen Samstag

Miekel-Suppe und Vocksbraten

wogu freumblickst einladet

Seeger zur „Traube“.

Stimmzettel

zur

Gemeinderatswahl

liefert rasch die

W. Rieker'sche Buchdruckerei Altensteig.

KAUFHAUS SCHOCKEN PFORZHEIM

Morgen-Röcke



Baumwoll-Wellen, Vorder- und Rückenteil, mit andersfarbigem Schal, u. Armbilende	3.85	Baumwoll-Wellen, Schal gestapelt mit Kordeleinlage, Umlegekragen	4.85
„Kläre“ Kunstseidenrock, Vorder- und Rückenteil, mit Applikation und andersfarbigem Schal	7.85	„Dora“ Wellen, mit breitem Schal und effektvoller Hand-Stickerei auf dem Vorderteil	9.75

442 Inseratenform geschützt



Sportleute!

Schützt Euch gegen Erkältungen der Atmungsorgane. Das bewährte Mittel bei Husten, Heiserkeit u. Katarrh sind die seit Jahrzehnten berühmten

Kaiser's Brust-Caramellen mit den 3 Tannen

Zu haben bei: Löwen-Drogerie Oskar Hiller; Schwarzwald-Drogerie Fr. Schlumberger; Christian Burghard jr.; Lorenz Luz jr. Inh. E. Beck; J. Wurster Nachf. Fr. Eckhard; Apotheke, Egenhausen; Chr. Beilharz Kaltenbachs Nachf.; Alfred Kuchler; Pfalzgrafenweiler; Apotheke Karl Rettich und wo Plakate sichtbar.

- Wintermäntel
- Lodenmäntel
- Arbeitsmäntel
- Herrenanzüge
- Knabenanzüge
- Windjacken
- Sporthosen
- Arbeits-hosen
- Arbeitsanzüge
- Anzug- und Ueberzieherstoffe

empfehlen zu äußerst billigen Preisen

Fritz Wizemann.

Suche sofort gegen 1. Sicherheit und guten Zins

1000.- Mark

Angebote an die Geschäftsstelle des Blattes.

Naturheilpraxis

Frau K. Blum aus Karlsruhe hält einige Tage im Gasthaus zur „Traube“ Sprechstunden ab.
Sprechstunden 9-12, 2-6 Uhr auch am Sonntag.
Langjährige Erfahrung.

Oeffentliche Wahlversammlung!

Samstag abend 8 Uhr im Gasthaus zum „Engel“

Referent: **Sandt. Abg. Schneid**

Thema:

„Die Gemeinderatswahlen in Württemberg“ „Wo steht der Feind?“

Anschließend Rathaus-Bericht.

Wir laden die gesamte Einwohnerschaft dazu ein. Kommt alle, holt euch Aufklärung über die Totengräber der Kommunal-Politik.
Freie Aussprache.

N. P. D.

CCN Bausparkasse Leonberg (Württemberg)

Unkündbare 4%ige Darlehen zu Hausbau, Hypothekenablösung, Existenzgründung.

Auskunft und Prospekte durch Hauptvertreter: **H. Walcher, Stuttgart, Römerstr. 72.**

Neue Kalender für 1932

- Lahrer Hinkender Bote 60 Pfg.
- Evang. Würt. Kalender 50 Pfg.
- Der lustige Stuttgarter Bilder-Kalender 50 Pfg.
- Lorcher Astrologischer Kalender 1.50 Mk.
- Immergrün-Kalender 50 Pfg.
- Schwäbischer Heimat-Kalender 50 Pfg.
- Losungsbüchlein cart. 80 Pfg., geb. 1.- Mk. sowie
- Abreiß-Kalender, Neukirchner Kalender 1.- Mk.
- Herrnhuter Losungskalender 1.- Mk.

sind vorrätig in der

W. Rieker'schen Buch- u. Schreibwarenhandlung, Altensteig

